

## Inhalt:

## Seite 1 - 2

Gemeinschaftliche Besprechung  
mit der Verwaltung

Seite 1

Ausstattung mit personengetra-  
gener Gaswarntechnik

Seite 2

## Gemeinschaftliche Besprechung mit der Verwaltung



Sonja Bühnemann (BPR), Colette Hercher, Präsidentin der GZD, Christian Beisch, BPR-Vorsitzender v.l.

Am zweiten Sitzungstag nahm die Präsidentin der Generalzolldirektion, Frau Colette Hercher an einer Gemeinschaftlichen Besprechung mit dem Bezirkspersonalrat teil. Für die Direktion I war Frau Constanze Voß elektronisch zugeschaltet. Der Vorsitzende, Christian Beisch (BDZ) sprach als ersten Punkt die von der Politik vorgegebenen pauschalen Stelleneinsparungen an. Im Vorfeld war durch eine Verfügung der GZD der Eindruck entstanden, dass die gesamte Last von den Sachgebieten B getragen werden müsse. Dies stieß auf eine deutliche Ablehnung beim BDZ. Frau Hercher stellte klar, dass die Einsparungen auf alle Bereiche der Zollverwaltung (einschließlich der GZD), die nicht gesetzlich von den Einsparungen ausgenommen sind, angewendet werden. Dies müsse nun in der Kosten- und Leistungsplanung für das kommende Jahr umgesetzt werden. Dabei werde man natürlich die einzelnen Prozesse näher betrachten und versuchen, durch die weitere Verstärkung der Digitalisierung und andere Optimierungsmaßnahmen die vorgegebenen Kürzungen von ca. 300 Planstellen etwas abzufedern. Die Stellen ent-

fallen zum Herbst nächsten Jahres. Die Arbeitsgruppe „Selbstverständnis der Zollverwaltung“ hat ein Konzept erstellt, welche Ansprüche die Verwaltung an den Umgang miteinander und mit Dritten stellt und wie sie diese leben möchte. Christian Beisch wollte von der Präsidentin wissen, wie die Verwaltung dieses Konzept in die Linie ausbringen will. Letztendlich muss sichergestellt werden, dass ein Soll-/Ist - Abgleich stattfinden kann, bei dem ersichtlich wird, auf welchen Feldern bei den einzelnen Dienststellen noch Handlungsbedarf besteht. Frau Hercher führte aus, dass das „Selbstverständnis der Zollverwaltung“ unter Einbindung von Beschäftigten und der Interessenvertretungen auf der Basis des Leitbildes entwickelt worden ist und es wichtig sein wird, dass die Ansätze in dem angestoßenen Prozess verstetigt und in das Bewusstsein aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Führungskräfte gebracht werden müssen. Die Einheiten vor Ort werden sich mit den angestrebten Zielen auseinandersetzen müssen und durch punktuelle Befragungen wird man kontrollieren können, ob man auf dem

richtigen Weg ist, oder nachsteuern muss. Aus Sicht der BDZ-Fraktion ist für die Personalvertreter auf allen Ebenen natürlich der Punkt „Wertschätzung des Personals“ besonders wichtig und wir werden unser Augenmerk darauf richten. Ein weiterer wichtiger Themenkomplex der kommenden Jahre wird der „Zollarbeitsplatz der Zukunft“ sein. Eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Bezirkspersonalrats wird sich in den kommenden Monaten eingehend damit auseinandersetzen, um ein umsetzungsorientiertes Feinkonzept zu erstellen. Der BDZ begrüßt den angestoßenen Prozess, legt aber Wert darauf, dass den örtlichen Behörden genügend Handlungsspielraum bleibt, die vorhandenen Gegebenheiten in ihre Vorgehensweise einfließen lassen zu können und dass diese auch in die Arbeitsgruppe eingebunden

werden. Durch die jeweilige Unterbringungssituation vor Ort weichen die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten sehr stark voneinander ab. Die Umsetzung wird außerdem maßgeblich abhängig sein von dem Digitalisierungsprozess (Implementierung der E-Akte, einheitliche IT-Ausstattung, ausreichende Bandbreiten usw.). Frau Hercher fasste die Ziele der Arbeitsgruppe zusammen mit den beiden Fragen: Wie wollen wir arbeiten und was brauchen wir dazu? Bei den Liegenschaften strebt man zukunftsorientierte Raumkonzepte an. Dies beinhaltet ein ausreichendes Angebot an Besprechungsräumen und Kommunikationsflächen sowie eine energetische Optimierung. Es liegt in der Natur der Sache, dass dafür eine lange Zeitschiene benötigt werden wird. Befragt nach der Zukunft der Financial Intelligence

Unit (FIU) führten die Vertreter der Verwaltung aus, dass derzeit der Aufbau des zweiten Standortes der FIU in Dresden vorangetrieben wird. Aktuell umfasst dieser ca. 170 AK, mit weiteren ca. 50 Personen wird bis zum Jahresende gerechnet, darunter teilweise ausgewiesene Fachleute. Die Geschäftsaushilfen sollen grundsätzlich zum Jahresende auslaufen, wobei auf freiwilliger Basis ein weiterer Verbleib möglich sein wird. Außerhalb der angemeldeten Tagesordnung wurde nachgefragt, wann das überfällige Ausstattungskonzept für das Mobile Arbeiten fertiggestellt sein wird und wann die Möglichkeiten für das Mobile Arbeiten im Prüfungsdienst definiert werden. Die Präsidentin sagte eine Prüfung zu.

## Ausstattung mit personengetragener Gaswarntechnik

Dem Bezirkspersonalrat wurde das Ausstattungskonzept für personengetragene Gaswarntechnik zugeleitet. Diese Geräte sind aus Gründen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes erforderlich, sofern Bedienstete des Zolls in Bereichen tätig werden, in denen mit Gefahren aufgrund des Vorhandenseins von gesundheitsschädlichen oder explosiven Gasen oder dem Nichtvorhandensein von ausreichend Sauerstoff zu rechnen ist. Viele dieser Gase sind geruchlos, so dass eine Gefährdung durch den Menschen

selbst nicht erkannt wird. Die GZD beabsichtigt aufgrund eines Fachkonzeptes für die Sachgebiete C (Kontrolle von Wasserfahrzeugen, Kontrollen in Shisha-Bars) und die Sachgebiete E (Prüfungen auf Wasserfahrzeugen sowie Prüfungen in Shisha-Bars, Lackierereien, Futter- u. Lebensmittelbetrieben) entsprechende Geräte zu beschaffen. Die BDZ-Fraktion begrüßt alle Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz ausdrücklich. Allerdings wird der BDZ-geführte BPR die Generalzolldirektion

auffordern, auch für den Zollfahndungsdienst, für die Sachgebiete B und D der Hauptzollämter, sowie für die Binnenzollämter Gefährdungsanalysen durchzuführen und ggf. weitere Geräte zu beschaffen. Für die Messung, ob Container begast sind oder nicht, ist die personengetragene Gaswarntechnik nicht geeignet. Hierfür wurden bereits vor Jahren entsprechende Messgeräte aufgrund einer BDZ-Initiative beschafft.